

Stellungnahme des Bundesausschuss Politische Bildung (bap) e.V. zum Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland

„Zwischen Freiräumen, Familie, Ganztagschule und virtuellen Welten – Persönlichkeitsentwicklung und Bildungsanspruch im Jugendalter“

15. Kinder- und Jugendbericht und Stellungnahme der Bundesregierung

Der Bundesausschuss Politische Bildung (bap) sowie die in ihm vertretene Gemeinschaftsinitiative der Träger der politischen Jugendbildung (GEMINI) haben mit großem Interesse den 15. Kinder- und Jugendbericht und die Stellungnahme der Bundesregierung zur Kenntnis genommen. Beide sind sehr erfreut darüber, dass Bericht und Stellungnahme sich auch eingehend mit der politischen Bildung befassen.

Sie betrachten die Einschätzung der Situation der politischen Bildung im Bericht sowie die Anregungen für die Debatte um Konzepte und die Impulse für die Praxis als einen wichtigen Beitrag zur Stärkung dieses Handlungsfeldes und zur Weiterentwicklung politischer Bildung.

Jugend: Generationserfahrungen als Ausgangspunkt von Jugendpolitik, Jugendhilfe und Jugendbildung

Wir begrüßen sehr, dass der 15. Kinder- und Jugendbericht in einem engen Sinn als Jugendbericht erarbeitet worden ist. Diese Themensetzung im Kontext der Eigenständigen Jugendpolitik des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und bewertet den Bericht als einen grundlegenden und überzeugenden Beitrag zur Jugendstrategie des Ministeriums „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“. Das Bestreben, die Eigenständige Jugendpolitik als eine Politik, die allen Jugendlichen und jungen Erwachsenen gerecht wird, mit empirischen Erkenntnissen und durch systematische Reflexion zu unterfüttern, kann nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Das Vorhaben der Berichtskommission als Ausgangspunkt des Berichts den Begriff von Jugend zu klären und im Kontext gesellschaftlicher Entwicklungen der Pluralisierung, Individualisierung, Beschleunigung, Verdichtung und Entgrenzung neu zu konzipieren, beurteilt der bap als grundlegend für künftige Debatten um Jugendpolitik, Kinder- und Jugendhilfe und politische Jugendbildung. Das Bestreben, Jugend als Lebenslage zu begreifen, die Gemeinsamkeiten des Jugendalters in den Kontext ihres Generationenzusammenhangs zu stellen und Kernherausforderungen des Jugendalters zu identifizieren, ermöglicht es, wichtige Impulse für eine an lebensweltlichen Erfahrungen orientierte und gesellschaftliche Strukturen im Blick behaltende politische Jugendbildung zu setzen.

Kernherausforderungen: Qualifikation, Verselbstständigung und Selbstpositionierung

Besondere Relevanz hat in diesem Zusammenhang, dass die Kommission die gesellschaftlich-funktionalen Zuschreibungen des Jugendalters – Qualifikation, Verselbstständigung und Selbstpositionierung – im Begriff des Integrationsmodus Jugend bündelt. Damit eröffnet sie ein Wirkungsfeld, das von den Jugendlichen selbst mitgestaltet werden kann und soll. Die Begriffe Qualifikation, Verselbstständigung und Selbstpositionierung sind nach der Überzeugung des bap problemlos in das Handlungsfeld der politischen Jugendbildung zu übertragen.

Qualifizierung als Vermittlung der Kompetenz, politisch zu denken und handeln, Verselbstständigung als Befähigung zu eigenem politischen Urteilsvermögen und zur Reflexion persönlicher und gesellschaftlicher Werte, Selbstpositionierung als Klärung eigener und zur Erarbeitung gemeinsamer Interessen im Diskurs sind nur einige Aspekte, mit denen die Bedeutung der Kernherausforderungen für die politische Jugendbildung veranschaulicht werden kann.

Aufwachsen im Kontext sozial unterschiedlicher Lebenslagen

Die Kommission zeigt sehr differenziert, dass die Institutionen des Aufwachsens den Alltag der Jugendlichen und deren Möglichkeiten zur Bearbeitung der Kernherausforderungen sozial unterschiedlich prägen. Die sozio-ökonomische Lage, die ethno-natio-kulturellen Zugehörigkeiten, eine regional unterschiedliche Infrastruktur und das Geschlecht sind Faktoren, die ihre sozial unterschiedliche Bewältigung bedingen und erfordern. Diese ungleichen Ausgangslagen sind aus der Sicht des bap gerade für die politische Jugendbildung eine wesentliche Motivation, um Interessen und Bedürfnisse von Jugendlichen zu klären, die Reflexion darüber zu unterstützen sowie im Kontext des institutionellen Gefüges des Aufwachsens Jugendliche und junge Erwachsene zum Handeln für eine gerechtere Gesellschaft zu befähigen.

Stärkung der politischen Bildung in Schule und Kinder- und Jugendarbeit notwendig

Der bap nimmt zustimmend zur Kenntnis, dass die Kommission der politischen Bildung im Bericht hohe Aufmerksamkeit widmet und eine Stärkung der politischen Bildung in Schule und Kinder- und Jugendarbeit als notwendig erachtet. Unstrittig sei, so heißt es im Bericht, dass es einen wachsenden Bedarf an politischer Bildung im Jugend und Erwachsenenalter gibt. „Rechtspopulismus, Skepsis gegenüber der Demokratie, Vorbehalte gegenüber Rechtsstaat und Pressefreiheit, wachsende Komplexitäten im Gefolge von Globalisierung und dem Zusammenwachsen Europas, die neue Rolle der sozialen Medien im Bereich öffentlicher Meinungsbildungsprozesse“ (15. KJB, S. 425), mit diesen Stichworten wird diese Forderung im Bericht begründet. Zudem sei es angesichts „der Informationsvielfalt, der beschleunigten politischen Entscheidungsprozesse und ihrer Komplexität sowie der wachsenden internationalen und globalen Verflechtungen ... immer schwieriger, diese Prozesse zu durchschauen und sich zu positionieren.“ (S. 472)

Der bap begrüßt, dass die Bundesregierung in ihrer Stellungnahme an diese Überlegungen anschließt und es als gesamtgesellschaftliche Aufgabe betrachtet, „Jugendliche durch politische Bildung, Prävention und Partizipationsangebote für eine Teilhabe an der Demokratie zu begeistern“ (15. KJB, S. 14).

Jugendliche entwickeln innovative und kreative Formen politischen Handelns

Die Ausführungen der Kommission zum Politikverständnis und dem Interesse Jugendlicher an Politik, werden aufgrund von Erfahrungen in der Praxis politischer Jugendbildung vom bap ohne Vorbehalt unterstützt. Jugendliche sind nicht generell politikverdrossen, sie haben jedoch ein bestimmtes Verständnis von Politik. Wenn als politisch sämtliche Aktionen und Ausdrucksformen einbezogen werden, wie im Bericht erläutert wird, „in denen sich Jugendliche auf das Gemeinwesen in kritischer, verändernder oder gestaltender Absicht beziehen, dann eröffnet sich ein breites Spektrum vielfältiger Formen öffentlicher Interessenartikulationen und politischer Partizipation“ (15. KJB, S. 230).

Darin werden politische Positionierungen junger Menschen sichtbar, die Ansatzpunkte für politische Jugendbildung und politisches Engagement sein können. Der bap teilt das Anliegen der Kommission, dafür zu sensibilisieren, „dass gerade Jugendliche innovativere und kreativere Formen des Politischen entwickeln“ (15. KJB, S. 230). Deshalb betrachtet er es als vordringlich, die Förderung politischer Jugendbildung an diesem breiten Verständnis von Politik und politischer Bildung zu orientieren.

Politische Bildung als dynamisches Lernfeld für eine demokratische Gesellschaft

Der bap nimmt zur Kenntnis, dass die Bundesregierung in ihrer Stellungnahme betont, dass in Hinblick auf die politische Jugendbildung „ein gemeinsamer Handlungsbedarf für die Politik, für die Medien sowie für weitere zivilgesellschaftliche Akteure, insbesondere Schule und Kinder- und Jugendarbeit“ (15. KJB, S. 27) besteht.

Der bap und besonders die in ihm vertretene GEMINI, als Zusammenschluss von Organisationen und Einrichtungen der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung sind sehr daran interessiert, sich mit ihren Erfahrungen und Kompetenzen in diesen Prozess einzubringen.

Die politische Jugendbildung ist ein dynamisches Handlungsfeld, dessen Akteure und Akteurinnen sich immer wieder neu mit gesellschaftlichen Veränderungen, jeweils aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen, sich wandelnden Bedürfnissen und Lerngewohnheiten, fluktuierenden Zeitkontingenten der Teilnehmenden usw. auseinandersetzen, um ihre Praxis weiterzuentwickeln. Deshalb hat in der Praxis politischer Jugendbildung der Wandel Kontinuität.

Die von der Kommission aktuell formulierten zentralen Herausforderungen bilden nach Überzeugung des bap die inhaltlichen Schwerpunkte einer gemeinsamen Anstrengung zur Weiterentwicklung und stärkeren Profilierung der politischen Jugendbildung:

- Zukunft der Demokratie in einer komplexen und (ökonomisch und kulturell) global vernetzten Gesellschaft
- Digitalisierung von Gesellschaft und Arbeit
- Entwicklung der Gesellschaft zur Einwanderungsgesellschaft.

Quer zu diesen Themen sollten, wie die Kommission ergänzt, die Fragen, „wie Grundlagen und zentrale Werte einer freiheitlich demokratischen Gesellschaft vermittelt“, wie „Partizipation und Teilhabe“ gefördert und wie „europäische und globale Aspekte“ intensiver einbezogen werden können, aufgegriffen werden.

Lernort Ganztagschule: Neue Chancen durch Kooperation mit der politischen Jugendbildung

Die Berichtskommission und die Bundesregierung schließt sich in ihrer Stellungnahme dieser Einschätzung an - sieht in der Kooperation zwischen Ganztagschule und Kinder- und Jugendarbeit „unausgeschöpfte Potenziale“. Das trifft nach Überzeugung von bap und GEMINI auch auf die außerschulische politische Jugendbildung zu. Die politische Jugendbildung verfügt über umfangreiche Erfahrungen mit Angeboten für Schülerinnen und Schüler, die ja gleichzeitig auch Jugendliche sind. Um eine verbindliche Kooperation zu ermöglichen, müssen nach Einschätzung des bap auf politischer Ebene förderrechtliche Unsicherheiten ausgeräumt werden. So müssen nach

Auffassung der KMK Ganztagsangebote „unter Aufsicht und Verantwortung der Schulleitung organisiert“ (15. KJB, S. 342) werden. Einige Zuwendungsgeber im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe schließen daraus, dass es sich dann um eine schulische Veranstaltung handelt, die nicht mit Mitteln der Kinder- und Jugendhilfe gefördert werden kann. In dieser Frage eine belastbare Lösung zu finden, würde die Optionen einer Kooperation zwischen Kinder- und Jugendarbeit und Ganztagschule deutlich erweitern.

In diesem Sinne ist der bap davon überzeugt, dass auch die politische Jugendbildung wesentliches zur Weiterentwicklung der Ganztagschule beitragen kann, was ja auch von der Bundesregierung in ihrer Stellungnahme in Hinblick auf die Kinder- und Jugendhilfe allgemein unterstrichen wird (Vgl. 15. KJB, S. 16). Denn die Ganztagschule als Lern- und Bildungsort kann auch als Erfahrungsraum mit mehr Zeit zum Lernen verstanden und zu einem Ort der Beteiligung und der Mitgestaltung werden. In eine solche Kooperation, in ein solches Haus auch des sozialen und politischen Lernens könnte die politische Jugendbildung ihre Kompetenzen erfahrungsbezogener und handlungsorientierter Ansätze der politischen Bildung einbringen. Im Raum der Ganztagschule und in Verbindung mit einer Öffnung der Schule insgesamt könnte das bürgerschaftliches Engagement von Jugendlichen und ihre politische Handlungsfähigkeit wirksam gefördert werden.

Stärkung der politischen Bildung erfordert die Erhöhung finanzieller Ressourcen

Der bap unterstreicht die Auffassung der Berichtskommission, dass eine Neugestaltung der politischen Jugendbildung und auch die Intensivierung der Kooperation mit Ganztagschulen nur zu bewältigen ist, „wenn dafür die institutionellen Rahmenbedingungen und Ressourcen zur Verfügung gestellt werden“ (15. KJB, S. 152). In diesem Zusammenhang weist er besonders auf die schwierige Situation hin, dass der Ansatz für die Förderung der politischen Bildung im Kinder- und Jugendplan seit Jahren nur geringfügig erhöht, jedoch überwiegend von Jahr zu Jahr lediglich überrollt worden ist. Noch nicht einmal die Preissteigerungen konnten über die Jahre ausgeglichen werden, gar nicht zu reden von den tariflichen Steigerungen der Personalkosten. Diese Entwicklung hat zu einer Einschränkung der Möglichkeiten der politischen Jugendbildung geführt. Eine Stärkung und Neugestaltung der politischen Jugendbildung ist deshalb zwingend auf eine Erhöhung der Mittel im Programm ‚Politische Bildung‘ des Kinder- und Jugendplans des Bundes angewiesen.

Der Vorstand des Bundesausschuss Politische Bildung (bap) e.V.